

Unterschriften gegen Mobilfunk

Gespräch mit OB Schuster

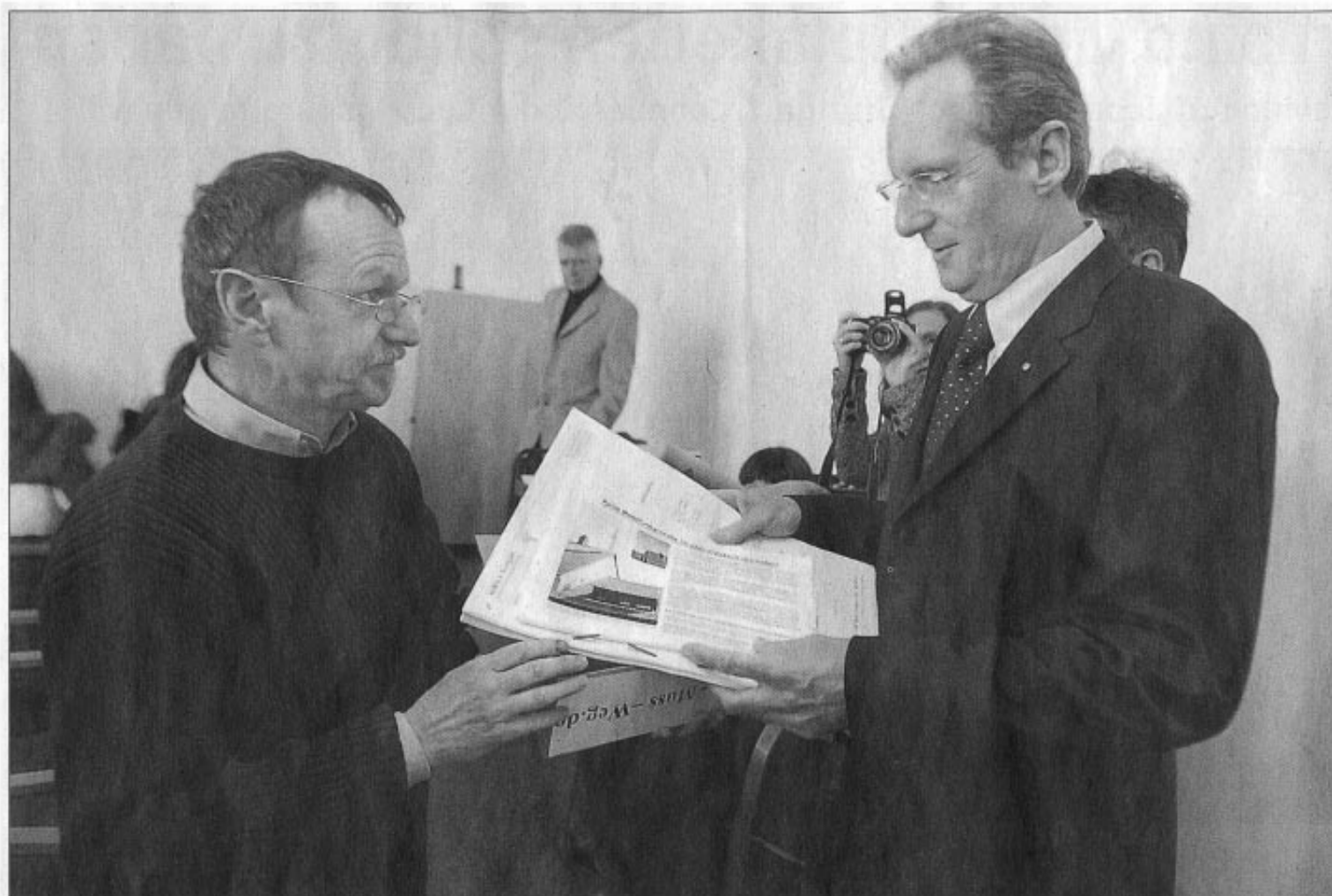
4912 Unterschriften gegen Antennenanlagen in Wohngebieten haben Stuttgarter Mobilfunkgegner am Freitag Oberbürgermeister Wolfgang Schuster überreicht. Beim anschließenden Gespräch über mögliche Gesundheitsgefahren durch Sendestrahlen funkten Bürgerinitiativen und Verwaltung auf unterschiedlichen Wellenlängen.

VON JÜRGEN LESSAT

„Der Mast muss weg“, dies hat die Bürgerinitiative Bismarckstraße 54 gestern erneut vor dem Rathaus gefordert. Aber nicht nur der umstrittenen UMTS-Anlage mitten im Stuttgarter Westen würden die rund 100 Teilnehmer der Protestaktion gern einen Sendestopp verordnen. Auch Mobilfunk-Initiativen aus Kaltental, Hofen, der Helfferichstraße und vom Burgholzhof waren gekommen, um ihr Anliegen gegenüber OB Schuster zu unterstreichen. Der hatte die Kritiker ins Rathaus geladen.

„Die Stadt muss jetzt endlich handeln“, verlangte Peter Hensinger, Bezug nehmend auf eine aktuelle Publikation der Schweizer Ärztezeitung. Darin fordern Ärzte, bis zur wissenschaftlichen Klärung möglicher Gesundheitsrisiken vorsorgliche Schutzmaßnahmen umzusetzen sowie den Ausbau der Mobilfunktechnologie zu stoppen.

„Stuttgart braucht eine integrierte Mobilfunkplanung, die Sendemasten in der Nähe von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern verbietet“, so der Sprecher der Initiative Bismarckstraße. Schon heute funkten viele der rund 600 betriebsbereiten Mobilfunkmasten direkt in Wohnungen, angesichts von weiteren geplanten Sendern in gleicher Größenordnung werde sich die gesundheitliche Bedrohung der Bevölkerung extrem erhöhen.



Peter Hensinger (links) übergibt OB Schuster die Unterschriftenliste der Mobilfunkgegner

Foto: Leif Piechowski

Oberbürgermeister Schuster, der zum Gespräch Fachreferenten hinzugezogen hatte, betonte, dass die Stadtverwaltung kaum gegen die Aufstellung von Sendemasten auf privaten Gebäuden vorgehen könne. „So weit keine Gefahr von ihnen ausgeht, haben wir keine rechtliche Handhabe“, so Schuster. Messungen hätten ergeben, dass alle Anlagen weit unterhalb der gesetzlichen Grenz-

werte funkten. Dies gelte auch für die UMTS-Anlage im Westen, wo die Bundesnetzagentur im Auftrag der Stadt erst kürzlich die Strahlenbelastung an vier umliegenden Kindergärten gemessen habe. „Die Strahlung erreichte zwischen 0,17 und 0,28 Prozent der Grenzwerte“, betonte Baubürgermeister Matthias Hahn. „Betroffene haben wegen gesundheitlicher Beschwerden

bereits ihre Wohnungen verkauft“, wies Hensinger darauf hin, dass deutsche Grenzwerte für die Mastengegner nicht das Maß der Dinge sind.

Schuster versprach, die Thematik weiter auf der politischen Tagesordnung zu halten. Auch soll künftig in Schulen über die Strahlenbelastung bei Handynutzung aufgeklärt werden.